

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 26. November 2021

Martin Habersaat

Der Mangel an Lehrkräften ist weiterhin spürbar

TOP 43: Gemeinsame Beratung a) Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2020/21 b) Mündlicher Bericht zur Personalversorgung der Grundschulen (Drs. 19/3330, 19/3280)

„In „normalen“ Jahren liefert der Bericht über die Unterrichtssituation neben Informationen zur Fachkräfteausstattung auch wichtige Zahlen zu Unterrichtsausfall und Vertretungsangeboten. Das ist in einem „Corona-Jahr“ wie dem Schuljahr 2020/21 mit viel Distanzunterricht natürlich anders. Dennoch gibt es auch im aktuellen Bericht (Drucksache 19/3330) Zahlen, die Beachtung verdienen und Handlungsnotwendigkeiten aufzeigen. Die Unterrichtsversorgung an den Beruflichen Schulen wird besser, allerdings nur, weil deren Schülerzahl deutlich zurückgeht. Die Exklusionsquote steigt. Der Personalmangel an Grundschulen und Förderzentren bleibt eklatant. Riesenerfolg: die berufsbildenden Schulen haben nun endlich auch einen Unterrichtsversorgungsgrad von 100 Prozent erreicht, nach 97 Prozent im Vorjahr. Und das sogar mit vier Lehrer*innenstellen weniger. Aber das liegt schlicht und einfach daran, dass die Schülerzahl um mehr als 2.000 und damit um 2,3 Prozent rückläufig ist. Wir sprachen gestern darüber.

Zum wiederholten Male in der Amtszeit von Frau Prien steigt die Exklusionsquote (von 30,8 Prozent auf 31,6 Prozent). Die Anzahl der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist gestiegen, gleichzeitig sank die Schülerzahl in inklusiven Maßnahmen. 31,6 Prozent der Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf wurden an Förderzentren beschult. Mit Jamaika ist leider der Gedanke des Sortierens von Kindern wieder stärker geworden, anstatt die Schulen Stück für Stück so auszustatten, dass sie allen ihnen anvertrauten Kindern gerecht werden können.“

Der Mangel an Lehrkräften ist trotz aller Bemühungen, den Lehrer*innenberuf attraktiver zu machen, weiterhin spürbar. An den weiterführenden und berufsbildenden Schulen konnten mehr als 100 Prozent der Stellen tatsächlich besetzt werden, an den Grundschulen und Förderzentren ist das nicht so, und bei den 98 % sind die Stellen schon mit eingerechnet, die wegen Elternzeit oder Mutterschutz nicht tatsächlich vertreten werden können. Weiterhin haben 8,3 Prozent der eingesetzten Lehrkräfte keine abgeschlossene Lehrerausbildung. Das

trifft besonders die Grundschulen und die Förderzentren mit je 12 Prozent und die berufsbildenden Schulen mit 11,5 Prozent. Das Schlimme daran ist, dass der Anteil dieser Lehrkräfte auch noch wächst; im letzten Jahr waren es noch 7,7 Prozent.

Zu den Grundschulen: Die Zahl der ausgefallenen und der nicht planmäßig erteilten Unterrichtsstunden ist an allen allgemeinbildenden Schulen, so auch an den Grundschulen, zurückgegangen. Korrekterweise weist der Bericht aber auch darauf hin, dass das auch etwas mit Corona zu tun hat. Eltern, die sich an uns wenden, berichten weniger Beruhigendes mit Blick auf die Schule ihrer Kinder – und das ist begreiflicherweise der einzige Bezugsrahmen, der für die Eltern wichtig ist. Sie berichten davon, dass der Unterricht in ganzen Fächern über Monate ausfällt. Sie berichten, dass es Einschränkungen bei der Verlässlichkeit oder im Ganztagsbetrieb gibt. Sie berichten, dass das Vertretungsmodell für ausgefallene Lehrkräfte nicht funktioniert. Sie berichten über die Zusammenlegung von Klassen wegen fehlender Lehrkräfte. Und sie berichten immer wieder, dass sie bei Schulleitungen, Schulrät*innen und beim Ministerium selbst auf Granit beißen.

Über den Umgang mit Eltern haben wir hier schon mehrfach geklagt. Ein Teil der Probleme scheint mir darin zu liegen, dass auf absehbare Probleme zu kurzfristig reagiert wurde. Da ist auch die Schulaufsicht betroffen. Ein Instrument zur langfristigen Behebung von Problemen soll ja Ihr Lehrkräftebedarfsanalysetool - von dem wir erstaunlich wenig hören.

Sie haben den Übergang von A12 auf A13 auf den Weg gebracht, aber in zu kleinen Schritten, die sich für die Lehrkräfte Jahr für Jahr auf dem Konto kaum bemerkbar machen. Hier hätte ein schnellerer Übergang die Arbeit als Grundschullehrer*in in Schleswig-Holstein attraktiver gemacht. Da wissen wir uns einig mit dem Landesrechnungshof, der eine bessere Besoldung als probates Mittel gegen den Fachkräftemangel benannt hat – was auch nicht wirklich überraschen kann. Natürlich wird ein kurzfristiger Unterrichtsausfall niemals vollständig von der ersten Stunde an durch Vertretung aufgefangen sein. Das würden auch wir nicht versprechen.

Die CDU hatte in ihrem Wahlprogramm 2017 eine solche Unterrichtsgarantie durchaus vorgesehen. Ich habe mit Interesse gelesen, dass Sie von dieser Forderung aus der Regierungsverantwortung heraus in Ihrem aktuellen Programmentwurf Abstand genommen haben. Aber von der A20 in fünf Jahren ist da ja auch nichts mehr zu lesen...“